

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und Handels-Zeitung

115. Jahrgang

Bezugspreis: ...

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig, des Königsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: ...

Nr. 112

Sonnabend, den 5. März

1921

Stürmische Auftritte im Reichstag

Der Wortlaut der Lloyd George-Erklärung verlesen — Kommunisten und Unabhängige versuchen die Besprechung zu erzwingen — Abbruch der Sitzung

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 4. März.

Die Hoffnung, daß der Reichstag im Hinblick auf die hochgegangene Lage in allen seinen Teilen die entsprechende Ruhe und Würde bewahren werde, ist am Freitag grausam enttäuscht worden. Man hatte geglaubt, daß es unter dem Drucke der großen Geschicknisse nur eine kurze Geschäftsstunde geben würde, erlitt aber statt dessen Auftritte, die schon in normalen Zeiten der Würde des Hauses nicht entsprochen hätten, gestört aber doppelt und dreifach unerfreulich und schädlich wirkten.

Am Anfang der Sitzung teilte Präsident Loebe mit, daß er von der Reichsregierung Neues zur Lage nicht erfahren habe. Da man wachte, daß für Sonnabend eine Erklärung des Reichskanzlers in Aussicht stand, hätte die Sache damit ihr Werden haben müssen, aber schon hier opponierten Unabhängige und Kommunisten. Sie wünschten, daß sofort über London gesprochen würde. Das Haus lehnte das selbstverständlich ab und zunächst ging alles ruhig weiter. Man erledigte einige Anfragen. Da stellte sich der zweite Konflikt ein. Wieder aus dem Gesichtswinkel heraus, daß innerpolitische Streitigkeiten in diesem Augenblicke dem Ansehen des Reichstages schweren Schaden zufügen würden, schlug der Abgeordnete Schiffer (Dem.) vor, die Reederabfindungsvorlage, bei der die Fälle Bremen, Flensburg, Steftin notwendig eine Rolle spielen würden, von der Tagesordnung abzulehnen; es war das auch bereits vom Reichsrat beschlossen worden. Aber der Abg. Vogtberger (Unabh.) sprach dagegen und wiederum mündete die unerquickliche Debatte bei Lloyd George. Dr. Levi (Komm.) verlangte abermals die Aussprache darüber und nun kam es zum dritten und letzten Konflikt und zugleich zum Siege der parteipolitischen Verbundenheit über die Interessen Deutschlands. Präsident Loebe verlas den entscheidenden Passus der Rede Lloyd Georges mit den angebotenen Sanktionen und sagte von sich aus spontan hinzu, es gebe wohl niemand im Hause, der das mit dem Friedensvertrage von Versailles in Uebereinstimmung bringen könne. Darauf meldete sich aber Hoffmann zur Geschäftsordnung. Er wollte gegen Loebe protestieren, aber alle Versuche, sich Gehör zu verschaffen, gingen in einem brausenden Sturm des Widerpruchs von allen Seiten unter. Man drang auf Hoffmann und seine Freunde ein und schrieb ihnen zu, sie sollten nach Paris gehen, wo sie hingehörten. Und wenn es am Freitag im deutschen Reichstag nur eine Stimme nationaler Empörung über Hoffmann gab, so wird einer zufrieden sein, wenn er von dem Vorgehen dieses deutschen Volksvertreters hört: Lloyd George.

Um dem Streit die Spitze abzubrechen, verlagte der Präsident die Sitzung kurzerhand um 1/2 Stunden. Aber inzwischen schlenen sich die Kommunisten auf die Geschäftsordnung verheißt zu haben. Sie dürften erklärt haben, nach ihr könne der Präsident die Meinung des Hauses nicht einfach von sich aus vorwegnehmen, sondern er müsse sie durch Befragen feststellen. Jedenfalls wartete man lange Zeit vergeblich und weder erschienen die Parteiführer noch der Präsident, noch die Regierung wieder im Saale.

Nach mehr als 1 1/2 Stunden gab es eine ganz unerwartete Ueberraschung. Von vielen unbemerkt, erschien der Direktor beim Reichstage unten im Saale, raufte die Papiere auf dem Platze des Präsidenten zusammen und rief zur Journalistentribüne hinauf, es gebe keine neue Sitzung mehr. Der Termin der nächsten werde noch mitgeteilt werden.

Niemand konnte sich vorerst mit diesem ungewöhnlichen Ereignis abfinden. Dergleichen war in diesem Hause noch niemals geschehen. Aber der abschließende peinliche Gedanke war überall derselbe: Und das in diesem Augenblicke!

Die Reichstags-Sitzung

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 4. März.

Am Regierungstisch Roth, Brauns.
Präsident Loebe

eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr mit folgender Erklärung:
Ich habe mich in der Angelegenheit, die uns zurzeit alle aufs tiefste berührt, nämlich in der Frage der

Londoner Verhandlungen,

an die Reichsregierung gewandt mit der Frage, ob sie bereits jetzt in der Lage sei, dem Reichstag Mitteilungen über den Stand der Angelegenheit zu geben. Die Reichsregierung hat diese Frage verneint, da die ihr seitens der Londoner Delegation zugegangenen Informationen noch nicht vollständig seien und der Text der Ausführungen des englischen Premierministers noch geprüft werde. Ich sage hinzu, daß ich mich ständig in enger Fühlung mit dem Kabinett halte, und daß zurzeit neue Informationen nicht eingegangen sind. Es ist nicht abzusehen, bis der amtliche Wortlaut der entscheidenden Sätze der Rede des englischen Premierministers vorliegt.

Abg. Ledebour (Unabh.): Ich bedauere, dem Präsidenten widersprechen zu müssen. Nach unserer Auffassung ist es durchaus notwendig, daß der Reichstag sofort in die Besprechung der Londoner Verhandlungen eintritt. Wir können nicht abwarten, bis der Wortlaut vorliegt, und die Reichsregierung Stellung genommen hat. Die Tatsachen, die dem Reichstag Anlaß zu einer Erörterung geben müssen, liegen bereits vor. Wir versprechen uns von diesen Verhandlungen der Parteien eine wichtige Wirkung, als von den Erklärungen der Regierungsvorsteher wenn diese ohne das Parlament erfolgen. Der Termin ist so kurz geworden, daß wir keine Zeit verlieren dürfen. Es darf nicht wieder der Verhandlungstisch abgelesen werden. Man darf nicht auf die unglück-

liche Idee kommen, die Vorschläge für undiskutierbar zu erklären, damit nicht der Vorwand für weitere drakonische Forderungen geliefert wird. Abg. Dr. Levi (Komm.): Der Reichstag darf sich nicht auf die Rolle des Hundes beschränken, der den Mond anbittet. Er muß sprechen, solange es Zeit ist, solange die Dinge noch im Fluß sind.
Der Antrag Ledebour, sofort in eine Besprechung der Londoner Verhandlungen einzutreten, wird gegen die Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Ein Schreiben der Regierung, in dem die Bildung einer gemischten Kommission zur Vereinfachung und Vertilgung der Verwaltung empfohlen wird, geht an einen Ausschuss. Auf der Tagesordnung stehen dann zunächst

Kleine Anfragen

Auf eine Anfrage des Abg. Gieseler (Soz.) wird erwidert, daß auch bei dem Finanzministerium eine Verordnung über die Bildung von Gesamtbetriebsräten vorbereitet wird.

Auf eine Anfrage des Abg. Reubner (Dsch. Vpl.) wird bestritten, daß die bisher über Halle geleiteten Schnellzüge Berlin-München in Zukunft über Leipzig-Hof geleitet werden sollen. Ueber die Vorlegung eines Reichswohlfahrtsgesetzes (Anfrage Frau Juchacz, Soz.) ist noch keine Entscheidung getroffen.

Die Abfindung der Reeder

Es folgt die erste Beratung des mit der Reederei-Treuhandgesellschaft abgeschlossenen Abfindungsvertrages.

Abg. Schiffer (Dem.) beantragt, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage, Ablehnung von der Tagesordnung.

Abg. Vogtberger (Unabh.): Es soll der Eindruck erweckt werden, als ob eine Einheitsfront vorliege. Das wird Ihnen nicht gelingen. (Anrufer: Wir wollen den Steinfür Generalstreik besprechen.)

Abg. Müller-Francken (Soz.): Von größter Bedeutung ist, was sich in London abspielt.
Nach weiterer lebhafter Geschäftsordnungsansprache wird der Antrag Schiffer gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Die englische Erklärung

Präsident Loebe:
Es ist mir soeben der amtliche Wortlaut der wichtigsten Erklärungen des englischen Premierministers Lloyd George zugegangen. Sie lauten:

Wenn wir nicht bis Montag hören, daß Deutschland bereit ist, entweder die Pariser Beschlüsse anzunehmen oder Vorschläge zu unterbreiten, auf anderem, in gleichem Maße berechtigtem Wege seine Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles — unter Berücksichtigung der in den Pariser-Vorläufen gemachten Zugeständnisse — zu erfüllen, so werden wir von diesem Zeitpunkt an auf Grund des Friedensvertrages folgendermaßen vorgehen:

Die Alliierten sind übereingekommen, erstens die Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf auf dem rechten Rheinufer zu besetzen, zweitens von ihren Parlamenten Vollmachten zu verlangen, drittens, dahingehend, von ihren Staatsangehörigen zu fordern, einen gewissen Anteil von allen an Deutschland für deutsche Waren geschuldeten Zahlungen an ihre verschiedenen Regierungen abzuführen. Dieser Anteil soll für Reparationsrechnung zurückgehalten werden (dies bezog sich auf Waren, die in diesem Lande oder in einem anderen alliierten Staate von Deutschland erworben werden), viertens: a) Der Betrag der Abgaben, die von deutschen Zollämtern an der anderen Grenze der besetzten Gebiete erhoben werden, ist an die Reparationskommission zu zahlen; b) diese Zölle sollen weiter nach dem deutschen Zolltarif erhoben werden; c) an Rhein und an den Grenzen der Brückenköpfe, die von den alliierten Truppen besetzt sind, soll zeitweilig eine Reihe von Zollämtern errichtet werden. Der auf dieser Linie für Ein- und Ausfuhr von Gütern anzuwendende Tarif soll von der internationalen Rheinlandkommission in Uebereinstimmung mit den Verfügungen der alliierten Regierungen festgesetzt werden.

Lloyd George erklärte, daß die zweite Sanktion folgende Bedeutung habe: Abgabe vom Einkaufswerte aller Güter, die von den alliierten Ländern in Deutschland gekauft werden. Ein gewisser Anteil davon wird in die biesige Staatskasse (London) eingezahlt und der Rest wird mit einer Quittung der Staatskasse über den eingezahlten Betrag an Deutschland übersandt werden.

Stürmische Szenen

Das Haus hat diese Mitteilungen ruhig angehört, nur von den Kommunisten werden hin und wieder Zwischenrufe laut.

Präsident Loebe (fortfahrend):
Es wird in diesem Hause niemand sein, der diese Bestimmungen mit dem Versailler Friedensvertrage für vereinbar hält.

(Stürmische, andauernde Beschlusshandlungen im Hause und auf den Tribünen; lärrende Zwischenrufe der Unabhängigen und Kommunisten; erneuter lebhafter Beifall; der Abg. Wolf Hoffmann (Komm.) begibt sich auf die Rednertribüne; im Hause entleert darüber große Erregung; die Abgeordneten der Rechten erheben sich von den Plätzen und rufen: hinaus mit dem Reel! Die Kommunisten und Unabhängigen drängen lärmend nach vorn.)

Präsident Loebe (fortfahrend): Das Wort zur Geschäftsordnung erteilt der Präsident nach seinem Ermessen. Ich habe das Wort zur Geschäftsordnung niemandem erteilt und werde es in diesem Augenblicke auch niemandem geben.

(Stürmischer Beifall im ganzen Hause; Lärmen und Toben der Unabhängigen und Kommunisten. Der Abg. Hoffmann (Komm.) versucht zu reden; heftige Schlußrufe.)

Präsident Loebe: Herr Hoffmann, Sie haben nicht das Wort! (Lebhafter Beifall.) Ich bitte das Haus, die nötige Ruhe zu bewahren, damit die Geschäftsführung nicht erschwert wird. Ich wollte mich mit

den Herren, die sich zur Geschäftsordnung gemeldet hatten, privatim verhandeln. (Widerlächer der Kommunisten und Unabhängigen.) Ich wollte Sie darauf aufmerksam machen, daß der Präsident das Wort zur Geschäftsordnung nach seinem Ermessen erteilt (Lebhafter Zustimmung bei der Mehrheit; Lärm auf der äußersten Linken; Ruf des Abg. Hoffmann: Lesen Sie doch die ganze Rede vor!) Ich würde diesem Wunsch gern nachkommen, wenn mir die Rede in ihrem Wortlaut zur Verfügung stünde. (Widerlächer der Unabhängigen und Kommunisten und Lärm: Hier haben wir sie ja!) Mir steht nur das zur Verfügung, was ich Ihnen vorgelesen habe.

(Erneuter großer Lärm der Kommunisten und Unabhängigen; erregte anhaltende Gegenhandlungen der anderen Parteien; die Abgeordneten der Rechten rufen den Kommunisten zu: Scheren Sie sich nach Frankreich, Sie sind Helfershelfer der Entente! Minutenlange Lärm, die Abgeordneten Levi (Komm.), Hoffmann (Komm.) und Vogtberger (Unabh.) verlangen das Wort zur Geschäftsordnung und zur Tagesordnung.)

Präsident Loebe: Das Wort zur Geschäftsordnung wird nicht erteilt. Die Tagesordnung steht fest. Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung. (Loben der Lärm der Unabhängigen und Kommunisten, die wiederum nach der Rednertribüne vordringen und das Wort verlangen.) Dann verlagte ich die Sitzung bis 10 1/2 Uhr.

Die Reparationsfrage im Unterhaus

London, 4. März. Im Unterhaus gab Lloyd George nachmittags eine Erklärung ab, die eine Zusammenstellung seiner auf der Konferenz gehaltenen Reden darstellt. Claude Loder fragte, ob die mildernde Haltung der deutschen Delegierten nicht zum größten Teile auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß Aquith erklärt habe, Deutschland könne nicht mehr als zwei Millionen Pfund zahlen. Kenworthy fragte, ob Lloyd George nicht durch einige von ihm gebrauchte Worte die Deutschen ermüdet habe.

Lloyd George erwiderte: Ich habe oft erklärt, daß die Deutschland vorgelegten Forderungen seiner Zahlungsfähigkeit entsprechen müssen. Die Vorschläge Dr. Simons sind aber unersetzbar viel geringer, bedauerlich geringer, ich kann wohl sagen, in abstrakter Maße geringer, als die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Deutschland ist, wie ich schon früher bemerkte, noch nicht in demselben Grade bestraft, wie Frankreich und England. Es ist nicht möglich, daß wir zugeben, daß die Lage der Sieger schwerer ist, als die der Besiegten.

In Erwiderung auf verschiedene Anfragen bett. Irland sagte Lloyd George, die Regierung habe vor Verbändigung des Belagerungszustandes die Möglichkeit geprüft, ein Zollgericht einzusetzen. Der Plan sei indessen noch reiflicher Ueberlegung ausgesetzt worden. Die Zahl der Todesurteile erreiche bei weitem nicht die der Modellen in Irland.

Frankösische Einmarsch-Vorbereitungen

Paris, 4. März. Die Pariser Abendblätter wollen wissen, daß der Oberkommandierende der französischen Flotte aus London telegraphisch den Befehl erteilt habe, die Kriegsschiffe „Paris“ und „Bretagne“ sowie das Torpedobootgeschwader zur Ausfahrt zu rufen und mit genügend Brennstoff zu versehen. Die Strasbourg Wäcker meiden aus Paris, Marshall Foch habe den Befehl gegeben, den Urlaub für die französische Infanterie und Kavallerie vorläufig zu sperren. Die auf Urlaub befindlichen Mannschaften und Offiziere seien telegraphisch zurückberufen worden. Französische Infanterie und Kavallerie werde seit Dienstag früh aus Mittelfrankreich nach Elsch-Lochingen transportiert.

Neue deutsche Vorschläge?

Paris, 4. März. Der „Excelsior“ veröffentlicht folgende, nicht gerade wahrscheinlich klingende Drahtmeldung aus London:
Man versichert, daß die deutsche Abordnung gestern nachmittag der Konferenz neue Vorschläge unterbreitet hat. Man hat sowohl auf alliierter wie auf deutscher Seite den Eindruck, daß diese neuen Vorschläge eine Lösung herbeiführen könnten.

Hardings Kabinet

Washington, 4. März. Das neue Kabinet wird aus folgenden Mitgliedern bestehen: Staatssekretär Hughes, Schatzmeister Mellon, Kriegsminister Weeks, Postminister Hays, Justizminister Daugherty, Staatssekretär der Marine Edwin Denbo, Staatssekretär des Innern Wall, Staatssekretär für Handel Hoover, für Arbeit James Davis, für Ackerbau Wallace.

Das Repräsentantenhaus hat die Vorlage über die Militärcrédite verabschiedet, die den Mannschafbestand auf 150 000 Mann festsetzt, und das Gesetz sodann an Wilson weitergeleitet.

Hardings Programm

London, 4. März. „Chicago Tribune“ meldet, daß das Programm Hardings über die internationale Politik folgende Punkte enthalten werde:

1. Friedensschluß mit Deutschland in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Senators Lodge, die von Wilson veranlaßt wurde.
2. Einreichung von Vorschlägen an die ausländischen Regierungen über eine Einschränkung der Rüstungen.
3. Gründung eines internationalen Gerichtshofes.
4. Einberufung einer internationalen Konferenz zur Regelung derjenigen politischen Angelegenheiten, die nicht in den Wirkungsbereich des Gerichtshofes fallen. Die Konferenz soll Maßnahmen besprechen, um zu einem Weltfrieden zu gelangen.

Das Programm wird ferner fordern, daß der Versailler Vertrag verworfen wird, und wird gleichzeitig eine Reorganisation des Völkerbundes vorschlagen.